

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/50. Jahrgang

Februar 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

Gießener Linke fragt: Was ist los beim Jugendamt?

Ende des vergangenen Jahres wurde eine deutliche Zunahme häuslicher Gewalt in Gießen gemeldet, von der auch Kinder betroffen sind.

Gleichzeitig steigt die Kinderarmut: Rund 24% der Kinder sind arm. Mehr als 1000 Kinder werden im Landkreis

Gießen von den Tafeln mit Lebensmitteln versorgt.

Zwischen beidem besteht ein mittelbarer Zusammenhang. Ständiger Mangel kann zu Aggressivität führen, wobei keinesfalls arme Menschen grundsätzlich als gewaltbereit eingestuft werden dürfen, aber ein Recht auf Unterstützung und Hilfe haben.

Das Gießener Jugendamt steht u.a. in der Kritik, weil deutlich weniger Familienhilfen gewährt werden als früher – man spricht von einem Rückgang um 80 bis 90%.

Um Licht in die Thematik zu bringen, hat der Stadtverordnete Michael Beltz (DKP) für die Fraktion Gießener Linke folgende Fragen gestellt, die auf der Stadtverordnetenversammlung am 21. Februar beantwortet werden sollen:

"Ausgehend von der auch in Gießen zunehmenden häuslichen Gewalt, von der auch Kinder betroffen sind, frage ich bezogen auf den Zeitraum 2015–2017/18:

Wie hat sich die Zahl der Inobhutnahmen (ohne unbegleitete Minderjährige) sowie die Zahl der Beratungen (Familien, Kindern, Jugendlichen) nach häuslicher Gewalt entwickelt?

1. Zusatzfrage: Wie hat sich die Zahl der stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heim und/oder Pflegefamilien sowie in Tagesgruppen/Tagesstätten entwickelt?

2. Zusatzfrage: Wie viele ambulante Erziehungshilfen wurden nach festgestellter häuslicher Gewalt durch das

(Fortsetzung auf Seite 3)



Inhalt:

BVerfG prüft Hartz-IV-Sanktionen	S.2
Fluss-Straßen-Viertel-Wahnsinn	S.3
UKGM: 13 Jahre Profit-Medizin	S.4

Wieseckau/Wer ist Sozialbetrüger?	S.5
Angriffskriege legal/Krieg in Syrien	S.6
Eritrea/Putsch in Venezuela?	S.7
Termine/Weg mit dem § 219a	S.8

Tausend Gießener Schüler für Klimaschutz auf der Straße

Etwa 1200 Schülerinnen und Schüler standen am Freitag, dem 25.1. dicht gedrängt vor dem Rathaus. Mit einer lauten und bunten Demo traten sie für größere Anstrengungen beim Klimaschutz ein. Mit Recht machten sie darauf aufmerksam, dass sie es sind, die in den nächsten Jahrzehnten die Folgen der heutigen Politik tragen müssen. Die Aktion war Teil der weltweiten Aktion „Friday for Future“, die immer wieder an Freitagen protestieren will. Die Streber von der Schüler-Union reagierten so, wie man es von ihnen erwarten kann. Sie fordern, dass ihre Mitschüler, die ohne Genehmigung der Lehrer und Eltern statt in den Unterricht zur Demo gehen, bestraft werden. G.L.



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

BverfG prüft Hartz-IV-Sanktionen

Ihre Abschaffung ist nicht zu erwarten

Seit Mitte Januar prüft das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe, ob die Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher verfassungswidrig sind. Seit 2005 wird der als „Existenzminimum“ bezeichnete Betrag von derzeit 424 Euro monatlich rigoros gekürzt bis hin zur gänzlichen Streichung einschließlich Miete und Krankenversicherung. Anlass sind irgendwelche „Regelverstöße“, wobei z.B. Terminversäumnisse – gleich aus welchem Grund – schon ausreichen.

Rund 6 Millionen Menschen sind von diesem System der Demütigung und der Drangsalierung betroffen; 2017 trafen mehr als 950.000 solcher Strafen jeden zehnten Erwerbsfähigen, es gab 34.000 Komplettstreichungen, die schlimmstenfalls zur Obdachlosigkeit führen.

Unbescholtene Bürger werden mit dem Entzug von Nahrung, Strom (Heizung)

und Medikamenten bestraft, Maßnahmen, die selbst gegen verurteilte Mörder undenkbar – weil Menschenrechtsverletzung – sind (daran ändern auch lächerliche Lebensmittelgutscheine nichts).

Was ist zu erwarten?

Wird Karlsruhe es wirklich wagen, zu urteilen, dass sich die Bundesregierung seit fast 15 Jahren schwerwiegender Verletzungen der Menschenrechte schuldig gemacht hat? Wohl kaum. Bereits 2010 hatte das BVerfG festgestellt, das physische und soziokulturelle Existenzminimum sei „dem Grunde nach unverfügbar“ und müsse „realitätsgerecht, schlüssig und transparent“ berechnet werden. – Geändert hat sich nichts.

Vorsitzender Richter des zuständigen ersten Senats in Karlsruhe ist Stephan Harbarth; der saß von 2009 bis zu seiner Ernennung im November

2018 im Bundestag und hat dort als CDU-Abgeordneter jede Schikane gegen Hartz-IV-Bezieher mitgetragen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien – bis auf die Linke und eingeschränkt die Grünen – verteidigen die Sanktionspraxis wie ihr letztes Hemd, einschließlich des Ministers für „Arbeit und Soziales“ Hubertus Heil, SPD. Allenfalls sind kleine Entschärfungen denkbar, die das Gesicht wahren sollen. So könnte Karlsruhe sich evtl. dazu durchringen, die Praxis der Sanktionierung von unter 25-Jährigen zu unterbinden, denen das Existenzminimum schon bei der ersten „Verfehlung“ komplett gestrichen werden kann. Aber viel mehr ist von den Dieberrn ihrer Herren nicht zu erwarten. Wie erkannte schon Karl Marx:

Das herrschende Recht ist immer das Recht der Herrschenden. E.B.

"Je mehr Arbeitslose wir haben und je schlechter es ihnen geht, desto besser wird die Arbeitsmoral, desto weniger drücken uns die Lohnkosten." (Friedrich Flick auf einer Aktionärsversammlung in Düsseldorf 1931) - Dieses Gesetz der Kapitalisten gilt bis heute und wurde - u.a. mit Hartz IV - perfide perfektioniert.

UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!
10 Wochen
kostenlos testen
www.unsere-zeit.de



Freiheit für A. Öcalan



Am 5. Januar demonstrierten rund 150 Menschen in der Gießener Innenstadt. Sie forderten die Freiheit von Abdullah Öcalan, der seit 20 Jahren in Isolationshaft auf der Gefängnisinsel Imrali eingesperrt ist. Trotz seiner unbeschreiblichen Haftbedingungen hat er nie die Hoffnung auf eine friedliche Lösung für die Konflikte im Nahen Osten aufgegeben, insbesondere für die kurdische Frage. Öcalan wurde damit zu einem Symbol der Hoffnung auf Frieden und Demokratie in dieser krisengeschüttelten Region. Die Demonstranten solidarisierten sich ebenfalls mit der HDP-Abgeordneten Leyla Güven und allen anderen Menschen, die für die Forderung nach Aufhebung seiner Isolationshaft in den Hungerstreik getreten sind. - Wenige Tage später konnte Öcalan erstmals seit mehr als zwei Jahren von seinem Bruder besucht werden; mit seinen Anwälten wird ihm noch immer seit 2013 jeglicher Kontakt verwehrt. R.G.

Fluss-Straßen-Viertel Sanierung: Wahnsinn

3.300 zusätzliche Wohnungen werden bis zum Jahr 2020 in Gießen gebraucht, das heißt bis zum nächsten Jahr. Es ist jetzt schon klar, dass dies nicht erreicht wird. 1.200 Wohnungssuchende sind offiziell gemeldet, darunter 1.000 mit der Berechtigung für eine Sozialwohnung.

Die stadteigene Wohnbau Gießen GmbH mit Geschäftsführer Thies setzt andere Prioritäten: die Sanierung des Fluss-Straßen-Viertels.

Derzeit gibt es dort 678 Wohnungen, die nach Kriegsende - oder früher - in Einfachbauweise errichtet wurden und mit einer durchschnittlichen Miete von 4,60 Euro pro qm noch preiswert sind. Noch.

Seit fünf Jahren wird über dieses Viertel geredet, es soll energieeffizient und barrierefrei werden, was – wie der Magistrat schon 2014 feststellte – eine erhebliche Mieterhöhung mit sich bringt: um 2,80 Euro pro qm.

Nun mögen einige wenige Häuser tatsächlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr zu sanieren sein, wie Thies im April 2015 feststellte, dies aber nicht zuletzt deswegen, weil die Wohnbau seit Jahren nichts für deren Erhalt unternommen hat.

Jetzt, im Januar 2019, steht fest: Nahezu alle Häuser sollen komplett abgerissen und dann wieder aufgebaut werden – ein Projekt „für die nächsten 25 Jahre“, wobei der Auftakt

schon bald sein soll.

Vorausgegangen waren Runde Tische und Versprechungen an die Mieter, dass sie nach einer gewissen Zeit wieder dort einziehen könnten – aber ihre zwei Umzüge selbst bewerkstelligen müssen!

Keine Aussage gibt es über die künftige Miete; selbst wenn eine Kapplungsgrenze von 6,50 Euro beschlossen werden sollte, liegt die immer noch über dem, was das Jobcenter als „angemessen“ akzeptiert. Im Fluss-Straßen-Viertel liegt der Anteil der Bezieher von Hartz IV bei 26%.

Der Verwirklichung dieses Prestige-Objekts des skandalträchtigen und zum Jahresende scheidenden Wohn-

bau-Chefs Thies wird der Bauindustrie zwar dicke Auftragsbücher verschaffen, aber die Wohnungsnot in Gießen wird nicht gelindert. Statt der bisher 678 Wohnungen sollen es dann 698 sein. Ist es das wert?

Was wir brauchen ist ein umfangreiches und ausreichendes Wohnungsbauprogramm – ohne Luxusappartements und eine Verpflichtung an alle privaten Bauträger, mindestens 30% ihrer Wohnungen als Sozialwohnungen zu vermieten.

Aber dies würde ein Interesse der Stadt voraussetzen, das nicht vorhanden – weil mit dem Kapitalismus nicht kompatibel – ist. Dadurch könnten ja die Mietpreise gedrückt werden.

Erika Beltz



3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

(Fortsetzung von Seite 1)

Jugendamt

Jugendamt installiert?

Frage der Fraktion: Wie hoch ist die Fallzahlobergrenze pro Fachkraft zur Bearbeitung (Kennenlernen der Familie, Beratung der Familie, Vermittlung der Hilfe/der Helfer, Hilfeplanung, Begleitung, Kontrolle, Überprüfung der Hilfeplanung) erzieherischer Hilfen?

Gießener Gelbwesten: Pegida in Tarnwesten

Die Pegida-Bewegung konnte in Gießen nie Fuß fassen. Im Windschatten der Gelbwesten in Frankreich wittern sie jetzt eine Chance und ziehen selbst solche Westen als Tarnmantel an. Inhaltlich haben ihre Aussagen und Forderungen mit dem französischen Original wenig zu tun. Dort protestiert man gegen einen Präsidenten, für den der Mensch erst beim Millionär anfängt und der alle ärmeren verachtet, ihre Rechte und ihr Einkommen beschneidet und die Reichen bevorzugt. Fremdenfeindlichkeit spielt keine Rolle, auch wenn die Nationalisten versuchen Einfluss zu gewinnen. Die Gießener aber wollen - sonntags am Berliner Platz - vor allem gegen Migranten hetzen. Sie fühlen sich selbst schlecht behandelt und wünschen sich, dass es Menschen aus anderen Ländern noch schlechter geht. Sie sollten besser in braunen Westen antreten. G.L.

Uniklinikum: 13 Jahre Profit-Medizin sind genug

Seit 13 Jahren gehört das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) zu 95% der Rhön Kliniken AG. Die Privatisierung wurde damals vom CDU-Ministerpräsidenten Koch vorangetrieben. Seitdem zeigt sich Jahr für Jahr, dass diese Maßnahme ein Desaster für alle Beteiligten außer der Rhön AG war – deren Aktionäre und Vorstände kassieren fette Dividenden bzw. Bonifikationen.

Wie schlimm die Privatisierung für die Studierenden ist, wurde jetzt bekannt. Der Studienerfolg in Gießen und Marburg liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt, in Gießen fielen 21% bei den Staatsexamen durch, gegenüber durchschnittlich 9,3%. Zur Nachhilfe hat der Fachbereich Medizin einen Dienstleister beauftragt, der den Medizinstudenten das beibringen soll, was sie in dem hektischen Klinikbetrieb nicht lernen können.

Ähnlich sieht es bei der Forschung aus, die Ärzte haben viel zu wenig Zeit dazu. Auch viele Dissertationen werden abgebrochen, weil ausreichende Betreuung fehlt. Die unzumutbare Belastung des Personals und die Klagen vieler Patienten sind seit Jahren bekannt. Das Ziel der Landesregierung, durch die Privatisierung Geld zu sparen, ist nicht erreicht wor-

den. Entgegen der damaligen Zusage der Rhön AG, alle Investitionen selbst zu tragen, bekommt sie jetzt kräftige Zuschüsse vom Land. Für Forschung und Lehre zahlt die Regierung doppelt so viel an die Rhön AG wie damals vereinbart. Das UKGM kommt dem Land teurer zu stehen als wenn es

würdige Aussage: Wir konnten ja nicht wissen, dass die Gewinne machen wollen. Eine externe Überprüfung der Folgen der Privatisierung, die vom Wissenschaftsrat dringend empfohlen wurde, hat nie stattgefunden.

Die Landesregierung scheint sich für die Folgen ihrer damaligen Tat kaum zu interessieren, obwohl dem Land immer noch 5% des UKGM gehören. Zwei ihr zustehenden Sitze im Aufsichtsrat wurden nie besetzt.

Im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen wird das UKGM nicht mal erwähnt. Das Wissenschaftsministerium wird jetzt von einer Grünen geführt. Die Ministerin, Angela Dorn aus Marburg, hat früher die Zustände am UKGM häufig kritisiert und der Landesregierung Versäumnisse vorgeworfen. Als Ministerin könnte sie jetzt et-

was tun – aber die Erfahrung hat gezeigt, dass Grüne in hohen Positionen sich nur selten an das erinnern, was sie früher mal gesagt hatten.

Das UKGM muss schnellsten zurück ans Land – die Rhön AG hat genug geschneffelt und dabei Schaden angerichtet. Gernot Linhart



noch im Landesbesitz wäre. Das für Unikliniken zuständige Wissenschaftsministerium wurde bisher immer von der CDU geführt. Eine der Ministerinnen, Frau Kühne-Hörmann, gab 2012 bei einer Veranstaltung im UKGM zu, das Land habe einen sehr schlechten Privatisierungsvertrag abgeschlossen und machte die unglaub-



Die Verkehrsminister kommen und gehen, das Recht zu rasen bleibt bestehen.

Landesbedienstete fordern 6% mehr

6% mehr, mindestens aber 200 Euro fordert die Gewerkschaft ver.di für die Beschäftigten beim Land Hessen; Auszubildende und Praktikanten sollen 100 Euro mehr im Monat und einen zusätzlichen Urlaubstag erhalten.

Start der Tarifeinsetzungen ist am 1. Februar in Wiesbaden.

„Die Wirtschaft wächst, die Produktivität steigt, die Steuereinnahmen sprudeln und dazu trägt der öffentliche Dienst maßgeblich bei. Die Beschäftigten haben ein Recht darauf, daran teil zu haben,“ so die Gewerkschaft.

Schlimme Zeiten für die Wieseckau

Bei uns sind Palmen in großen Kübeln – auch im Winter – etwas Absonderliches. Künstlich aufgeschütteter Sand an einem kleinen Teich, in jedem Herbst mit Kleinbaggern abgeräumt, ist merkwürdig. Wenn sich das alles im Landschaftsschutzgebiet neben einem Biotop abspielt und sich „Strandbar“ nennt, wird es pervers.

Diese Abartigkeit ist auf Entscheidungen eines SPD-Grünen-Magistrats zurück zu führen - mit selbstver-

akzeptierte Belastungen zu. Neben den dreijährlichen Silvester- und Mesefeuern wenige Meter vom Landschaftsschutzgebiet, den Wein- und Bierfesten mit 10.000 angelockten Besuchern, DJs und Fußball-Leinwand veranstaltet der „Förderverein“ (mit Alt-Bürgermeisterin und Gießener Finanz- und Geschäftswelt im Vorstand) eine einwöchige Sause. Alles wenige Meter vom Biotop entfernt.

Der Förderverein will nicht nur seine erfolglose Landesgartenschau feiern, sondern den Gartenbetrieben etwas zu verdienen geben. Eine große Verkaufsausstellung ist wohl ein verspäteter Dank für Spenden zur Landesgartenschau. Komplettiert durch zeitweilige hessenweite Landesturnfeste und einem Fest zum Weltkindertag ist dieses Brut- und Ruhegebiet für Teichvögel einem unerträglichen Lärmpegel unterworfen. Nicht einberechnet sind die „normalen“ Störungen durch Musik und Besucher der „Strandbar“. Viele Tierarten haben seit der Landesgartenschau 2014 kapituliert. Hinzu kommt der Abfall, der durch die Besucher-



ständlicher Unterstützung der CDU. Hauptsache die Steuern fließen, Reibach wird gemacht und die Stadtregierung täuscht Betriebsamkeit vor. Auf Flora und Fauna der Wieseckau und die Anwohner der Ringallee kommen dieses Jahr weitere städtisch



massen in den Teichen und auf den Wiesen landet. Inzwischen werden Müllcontainer mit schwerem Gerät über die Spazierwege zu den Aufstellplätzen gefahren. Langjährige Warnungen von Naturschützern, wie Dietmar Jürgens, interessierten die Stadtregierung wenig. Hauptsache der Dollar rollt. Die BI „Wieseckau“ fordert, dass die Wieseckau kein Rummelplatz für Vergnügungssüchtige und Eventmanager bleiben darf. M. Berger

„Sozialbetrug“: Die Großen lässt man laufen

Die Bundesregierung hat eine „Task Force“ (sowas wie eine Ermittlungsgruppe) zur Jagd auf Kindergeldbetrüger eingesetzt. Gemeint sind vor allem Migranten, die Kindergeld für nicht vorhandene Kinder in ihren Herkunftsländern kassieren. Sowas wird es wohl geben, aber da würde vielleicht auch eine genauere Prüfung der eingereichten Dokumente und eine Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ländern ausreichen.

Aber so eine Task Force macht sich gut zur Stimmungsmache gegen Migranten, denen man pauschal alle möglichen Schandtaten unterstellt. Wenn der gleiche Aufwand betrieben würde, um Wirtschaftskriminelle und Steuerbetrüger zu entlarven, könnte ein Vielfaches an Geld hereingeholt werden. Ein einzelner dieser Betrüger



kann mehr Schaden anrichten als alle Kindergeldschwindler zusammen. Bei den sogenannten Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäften mit Aktien (mehrfache Erstattung einmal gezahlter Steuern) wurde das Finanzamt um ca. 50 Milliarden Euro betrogen, die Behörden sahen jahrelang tatenlos zu.

Die Mehrwertsteuer ist seit ihrer Einführung nicht betrugssicher, nach Schätzungen entsteht jedes Jahr ein Schaden von ca. 20 Milliarden Euro. Nur ab und zu landen Beteiligte vor Gericht, weil sie bei ihren internationalen Scheingeschäften Fehler gemacht haben. Aber diese Großbetrüger gehören ja der Klasse an, mit denen Politiker Tag für Tag zusammensitzen, da drückt man schon mal ein Auge zu. G.L.

§ 80 StGB gestrichen: Angriffskriege jetzt legal

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit wurde schon vor 2 Jahren der §80 des Strafgesetzbuches abgeschafft – mit Zustimmung aller Parteien außer der Linken. In diesem Paragraph wurde festgelegt, dass die Vorbereitung eines Angriffskriegs mit mindestens 10 Jahren Gefängnis bestraft werden soll. Dieser Tatbestand ist zwar immer noch durch Artikel 26 des Grundgesetzes verboten, aber ein Grundgesetzartikel ohne ein ausführendes Strafgesetz ist reine Deklamation – wie etwa die angebliche Unantastbarkeit der Würde des Menschen oder die Pflicht des Eigentums, auch dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Obwohl die Bundeswehr seit 1990 an mehreren Angriffskriegen beteiligt war, kam der §80 nie zur Anwendung. Die DKP Gießen hatte 2001 den Bundeswehroberst Schopf angezeigt, weil er bei einem Neujahrsempfang die Notwendigkeit von Angriffskriegen propagiert hatte. Der Bundesanwalt nahm aber nicht mal Ermittlungen auf, weil er keine Anhaltspunkte für eine Straftat sah. Ähnlich erging es anderen Anzeigen, z.B. gegen die Kriegstreiber Scharping, Schröder, Fischer. Eine Anzeige wurde sogar mit der abenteuerlichen Begründung zurückgewiesen, strafbar sei nur die Vorbereitung, aber nicht die Durchführung eines Angriffskrieges. Wenn dieses Gesetz trotz seiner bisherigen Wirkungslosigkeit abgeschafft wurde, bedeutet das wohl, dass die Vorbereitung und Führung von Kriegen von jedem rechtlichen Makel befreit werden soll. Militärische Gewalt zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele ist ganz normaler Alltag – das will uns der Gesetzgeber sagen.

Gernot Linhart

Der Krieg in Syrien

Am 24. Januar fand eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Dr. Matin Baraki, Universität Marburg, Mitglied des Zentrums für Konfliktforschung, statt. Fast 30 Interessierte kamen dazu in den Dachsaal des DGB-Hauses in Gießen.

In seinem einleitenden Referat umriss Baraki (links im Bild, daneben Hen-



ning Mächerle, DKP) die geostrategischen Hintergründe der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Diese Region ist schon seit der Antike Objekt der rivalisierenden Groß- und Regionalmächte. Dabei haben sich die Strategien stets geändert.

Der Bagdad-Pakt z.B. wurde von den USA und Großbritannien initiiert und obwohl sie selbst nicht Mitglied waren, bestimmten sie die Politik.

Der „Kampf gegen Terroristen“ oder der vermeintliche Besitz von „Massenvernichtungswaffen“ musste immer wieder als Grund für kriegerische Einmischung dienen.

Nicht zuletzt durch „Zusammenarbeit“ in wirtschaftlichen und militärischen Bereichen wurde und wird versucht, Macht und Einfluss zu erlangen.

In der anschließenden Diskussion wurde die Situation in Syrien weiter vertieft.

Die Regierung des säkularen Staates besitzt eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die Menschen haben gesehen, wie Jugoslawien zerstückt, Afghanistan, Irak und Libyen ins Chaos gestürzt wurden, solche Verhältnisse wollen sie nicht.

Baraki verwies auf die Charta der Vereinten Nationen, die jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates verbietet. Mit den imperialistischen Großmachtinteressen ist das natürlich nicht vereinbar.

Rainer Grabowski



Mehr als 15.000 Menschen, noch mehr als in früheren Jahren, nahmen am 13. Januar in Berlin an der traditionellen Demonstration zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 100 Jahren teil. Auch DKP-Mitglieder waren mit einem großen Block und Solidarität mit der Bewegung der Gelbwesten in Frankreich dabei. In den bürgerlichen Medien wurde diese Groß-Demo weitgehend totgeschwiegen.

Bundestag debattiert über mehr Einfluss in Eritrea

Am 17. Januar befasste sich der Bundestag mit dem Antrag der CDU/CSU/SPD-Koalition „Friedensprozess zwischen Äthiopien und Eritrea unterstützen – Zusammenarbeit ausbauen“. Dem ist vollauf zuzustimmen, wenn auch damit der Hintergedanke verfolgt wird, die Einflussnahme der deutschen Wirtschaft zu stärken. Denn, so **CSU-MdB Erndl**, während China über einen Anteil von über 25% aller Neuinvestitionen in Afrika verfüge, liege der Anteil von Frankreich und Großbritannien bei unter 5% und der der BRD bei unter 2%.

Dennoch stimmten nur die Regierungsparteien für diesen Antrag, Grüne und AfD stimmten dagegen, Linke und FDP enthielten sich.

Besonders die Grünen ließen ihrer Hetze und Verleumdung Eritreas freien Lauf. Die **Grünen-Abgeordnete Brugger** sprach – ohne die Spur eines Beweises – von Sklavenarbeit, willkürlichen Festnahmen, Folter und

sexueller Versklavung von Frauen und Mädchen.

Ins gleiche Horn blies die **Linkspartei-Abgeordnete Vogler**: „Unrechtsregime“, „Missbrauch und Folter“, „kein Arrangement mit einem Despoten“.

AfD-MdB Podolay halluzinierte „Hungersnöte“ und sprach sich für einen „Entwicklungspakt mit Eritrea“ aus, damit „unsere deutschen Unternehmen die Bodenschätze erschließen und dem Staat somit Steuereinnahmen verschaffen“.

Gemeinsame Basis aller im Bundestag vertretenen Parteien, einschließlich der vorgeblichen Menschenrechtsvertefcher, ist ihr Wille nach einer Änderung in diesem Land, das sich bis heute der Ausbeutung durch kapitalistische Konzerne entzieht.

Notwendig für die friedliche Entwicklung Eritreas war der für alle Jugendlichen verpflichtende „Nationale Dienst“, der die Grenzen gegen die bis zum Juli 2018 andauernde Bedro-

hung durch Äthiopien sicherte, während dem aber auch alle eine Ausbildung bzw. ein Studium beenden konnten.

Eritrea ist ein armes Land; es ist einer der jüngsten Staaten Afrikas, das sich nach einem jahrzehntelangen Unabhängigkeitskrieg in einem Entwicklungsprozess befindet. Trotz Sanktionen, Anfeindungen und Verleumdungen durch die „westliche Wertegemeinschaft“ ist es ihm dennoch gelungen, die Bevölkerung mit ausreichender Nahrung zu versorgen und an einem kostenlosen Gesundheits- und Bildungswesen teilhaben zu lassen. Die AIDS-Rate ist eine der niedrigsten in ganz Afrika, ebenso bei Malaria. Impfprogramme schützen, die Beschneidung von Mädchen ist verboten, Korruption unbekannt.

Das – und noch mehr – ist vorbildlich für andere afrikanische Staaten und den Industriestaaten ein Dorn im Auge. Es könnte Schule machen.

Erika Beltz

DKP: Keine Anerkennung der Putschregierung in Venezuela!

Am 23. Januar hat sich der aktuelle Führer der Opposition in Venezuela, der Vorsitzende der Nationalversammlung Juan Guaidó, in einer klassischen Putschsituation, die der Ereignisse vom April 2002 ähnelt, als die USA mit ihrem Putsch gegen Hugo Chávez gescheitert waren, zum Interimspräsidenten Venezuelas ernannt. Damit tritt er die demokratischen Wahlen, mit denen Präsident Nicolás Maduro vergangenes Jahr mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde, mit Füßen. Dass Teile der venezolanischen Opposition mangels Erfolgsaussichten zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatten, dient als Vorwand dafür, dass Maduro keine demokratische Legitimation zur Amtsausübung habe – die Guaidó selbst in keiner Weise besitzt.

Die USA, die von ihnen gelenkte Organisation Amerikanischer Staaten und einige rechtsgerichtete lateinamerikanische Nachbarstaaten haben Juan Guaidó so schnell anerkannt, dass von einer gemeinsamen Ausarbeitung des Putschplans ausgegangen werden kann. Dass die Selbstermächtigung Guaidós nicht zu Zeiten der angeblich unrechtmäßigen Präsidentschaftswahlen, sondern erst jetzt, nach der Amtseinführung des

rechtsextremistischen Präsidenten Brasiliens, des wichtigsten und größten Nachbarlands Venezuelas, erfolgte, zeigt, dass eine regionale, auch militärische Einmischung ins Auge gefasst wird. Der Abbruch der Beziehungen Venezuelas zu den USA ist angesichts dieser äußeren Eskalation nachvollziehbar.

Mit einer Anerkennung dieses offensichtlichen Putsches durch einen nicht legitimierten Oppositionsführer würde die demokratische Ordnung Venezuelas, die sich durch unzählige Wahlen und Referenden unter im regionalen Vergleich bei-

spielloser Beteiligung des Volkes seit 1999 entwickelt hat, mit äußerer Einmischung und Gewalt beendet werden.

Die Deutsche Kommunistische Partei fordert die Bundesregierung auf, die auf Wahlen und Volksbeteiligung fußenden demokratischen Strukturen Venezuelas zu respektieren und die Regierung von Präsident Nicolás Maduro anzuerkennen. Keinesfalls darf der falschen Politik der US-Regierung gefolgt werden und eine diplomatische Anerkennung eines Putschisten umgesetzt werden!

(Pressemitteilung des Parteivorstands)

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für März-Echo: Mi., 20. Febr.

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, wenden Sie sich an uns.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

2019: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Zudem hat die Post gerade das Porto um 20% erhöht.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Buchvorstellung und Diskussionsveranstaltung

Bernd Langer

Die Flamme der Revolution, Deutschland 1918/19

In Gießen am Dienstag, 5. Februar, 19 Uhr, in „Anschlussverwendung“, Grünberger Str. 22, Gießen

Veranstalter: ARAG, DGB, DKP, SDAJ, VVN,

In Marburg am Mittwoch, 6. Februar, 19 Uhr, DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6, 35039 Marburg - **Veranstalter: DGB, DKP, SDAJ**

Der Brexit,

die britische Linke und die Gewerkschaften mit Christian Bunke,

freier Journalist in Wien und London, u.a. für "junge Welt", "Neues Deutschland" und Gewerkschaftszeitungen

am Donnerstag, 7. März, 19 Uhr, DGB-Haus Gießen, Walltorstr. 17, Dachsaal. - **Veranstalter: DGB Region Mittelhessen**

Russland im Visier der NATO

Das Ende der neoliberalen Ordnung

Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Rainer Rupp

Autor und Journalist, bis 1989 DDR-Kundschafter (Deckname Topas) im NATO-Hauptquartier Brüssel, 1993 verhaftet und zu 12 Jahren verurteilt, nach 7 Jahren 2000 entlassen

am Montag, dem 11. März, um 19 Uhr, im Dachsaal des DGB-Hauses, Walltorstr. 17 - **Veranstaltung der DKP**

Wir gratulieren herzlichst unserem zuverlässigen Echo-Mitarbeiter

Klaus Mewes

zu seinem 80. Geburtstag

Mit seinen fundierten Artikeln, die auf seiner marxistischen Weltanschauung beruhen, bereicherte er immer wieder unsere Zeitung.

Wir wünschen ihm viel Energie, Gesundheit und Freude für die kommenden Jahre und freuen uns auf eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit.

Gießen, im Februar 2019, Redaktion Gießener Echo

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzerinnen:

Protest gegen Hartz IV



news.dkp.de

www.dkp-hessen.de

www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

Internationaler Frauentag

8. März

Demonstration in Gießen
17.30 Uhr ab Kirchenplatz

vormerken:

Montag, 29. April, Vor-Mai-
Veranstaltung der DKP mit

Kai Degenhardt

Weg mit dem § 219a



Große Solidarität erfuhrt die Frauenärztin Kristina Hänel. Etwa 500 Menschen demonstrierten am 26. Januar mit ihr für die Abschaffung des §219a durch den Seltersweg zum Kirchenplatz und forderten gemeinsam: Sicheren Zugang und Information zum Schwangerschaftsabbruch, Zugang zu Verhütungsmitteln, für eine kindgerechte Gesellschaft, Freiheit von sexueller Gewalt, für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung des Menschen. Kristina Hänel forderte vor allem die SPD auf, bei den nächsten Abstimmungen im Bundestag mit dem ambivalenten Rumgeeeiere aufzuhören, „was sich keine einzige Frau im Falle einer ungewollten Schwangerschaft erlauben“ kann. Martina Lennartz